

HUBERTUS BUCHSTEIN

Paul Sering
(alias Richard Löwenthal):
Jenseits des Kapitalismus (1947)

Erstens: »Alle Welt will heute ›Sozialist‹ sein« (6), beginnt Paul Sering alias Richard Löwenthal sein Buch *Jenseits des Kapitalismus* aus dem Jahre 1947. Mit diesem Buch gelang ihm damals so etwas wie ein politischer Bestseller. Es wurde mehrfach in Billigausgaben aufgelegt und avancierte zu einer Art Manifest der deutschen antikommunistischen Linken in der Nachkriegszeit. Was Löwenthal entwickeln wollte, war ein »Dritter Weg« (168) namens »Demokratischer Sozialismus« (246) als Alternative zum Weg der »kapitalistischen Planung mit der Tendenz zum Faschismus und Krieg« und dem Weg der »burekratischen Planung durch eine totalitäre Diktatur«. Heute, den Zusammenbruch des Realen Sozialismus hinter uns und die Probleme des modernen Wohlfahrtsstaates vor uns, ist die Stimmung eher ›Jenseits des Sozialismus‹. Eine Chance also für Löwenthals Buch, der Linken zum zweiten Mal eine Lektion geben zu können?

Mein Exemplar des Buches stammt aus dem Jahre 1948. Ich konnte es vor einiger Zeit auf dem Flohmarkt in Berlin erstehen. Die Namen des vormaligen Besitzers und desjenigen, der es ihm schenkte, sind unleserlich. Zu entziffern sind aber die »solidarischen Grüße« in der Widmung und die damit verbundene Hoffnung auf weitere Diskussionen über die Zukunft des Sozialismus. Ich weiß natürlich nicht, welchen Verlauf diese Diskussion zwischen den zwei politischen Freunden genommen hat, doch anhand der Unterstreichungen und Randkommentare des damaligen Besitzers ist die Aufregung, mit der Löwenthals Buch damals gelesen wurde, noch deutlich nachzuvollziehen. Mein damaliger Leser gehörte zu denen, an die Löwenthal sein Buch in erster Linie adressiert hatte: Sozialisten, die angesichts der neuen po-

litischen Konstellation nach der Befreiung vom NS-Regime händeringend nach einer neuen Orientierung suchten. Die angebotenen Optionen klafften in ihren Konsequenzen zu weit auseinander: Auf der einen Seite sollte in der russischen Zone der Sozialismus aufgebaut werden, was für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten, mit denen man die Konzentrationslager solidarisch überlebt hatte und mit denen manche sich nun als Ost-Sozialdemokraten zwangsvereinig in der SED wiederfanden, sprach. Auf der anderen Seite gab es neue westliche Ideen wie die des *New Deal* in Amerika, der Labour-Regierung in England und der sozialdemokratischen Regierungen in Skandinavien, von denen man nach den zwölf Jahren politischer Isolation nichts Genaueres wußte. Außerdem wurde das Wort »Sozialismus« auch noch von der CDU des Ahlener Programms im Munde geführt. Was tun?

In diese Gemengelage muß Löwenthals Buch wie eine Erlösung, die neue Koordinaten in die politische Gegenwartsanalyse brachte, gewirkt haben. Den zustimmenden Unterstreichungen meines ersten Lesers ist dieser Erlösungseffekt jedenfalls noch anzusehen. Für ihn leistete Löwenthal dreierlei. *Zunächst* machte Löwenthal dem von den Umbrüchen verunsicherten Leser wieder plausibel, warum er eigentlich für den Sozialismus Partei ergreifen sollte. Der Sozialismus war demnach nicht nur die ökonomisch effizientere Gesellschaftsordnung, Löwenthal schien auch zu zeigen, daß der Übergang zum Sozialismus historischen Rückenwind hatte. *Zweitens* legte er ein Konzept von *Sozialismus* vor, das in seinen Konturen scharf geschnitten war. Löwenthal verfocht ein Sozialismusverständnis, das sich in die Tradition des Marxismus stellte und zugleich in seiner Verarbeitung der Weimarer und sowjetischen Erfahrungen eine klare Sollbruchstelle zu den Kommunisten markierte. *Drittens* schließlich sortierte Löwenthal das aktuelle politikstrategische Feld und erklärte die Notwendigkeit einer scharfen Abgrenzung gegenüber den Kommunisten.

Zweitens: Was verstand Löwenthal unter Sozialismus? Soziologisch gesehen bedeutet Sozialismus für ihn »Abschaffung der Klassen«, es bedeutet, daß »Kinder aus allen Berufsgruppen die gleichen Entwicklungschancen haben müssen« (200). Ökonomisch bedeutet Sozialismus die Aufhebung der kapitalistischen Lohnarbeit und die Einführung der Planwirtschaft. Politisch schließlich bedeutet Sozialismus die »Selbstbestimmung der Produzenten, die demokratische Entscheidung über die Planung« (202). Oder, wie es in Anlehnung an eine Lincolnsche Formulierung heißt: »Sozialismus ist Planung für das Volk und durch das Volk« (169).

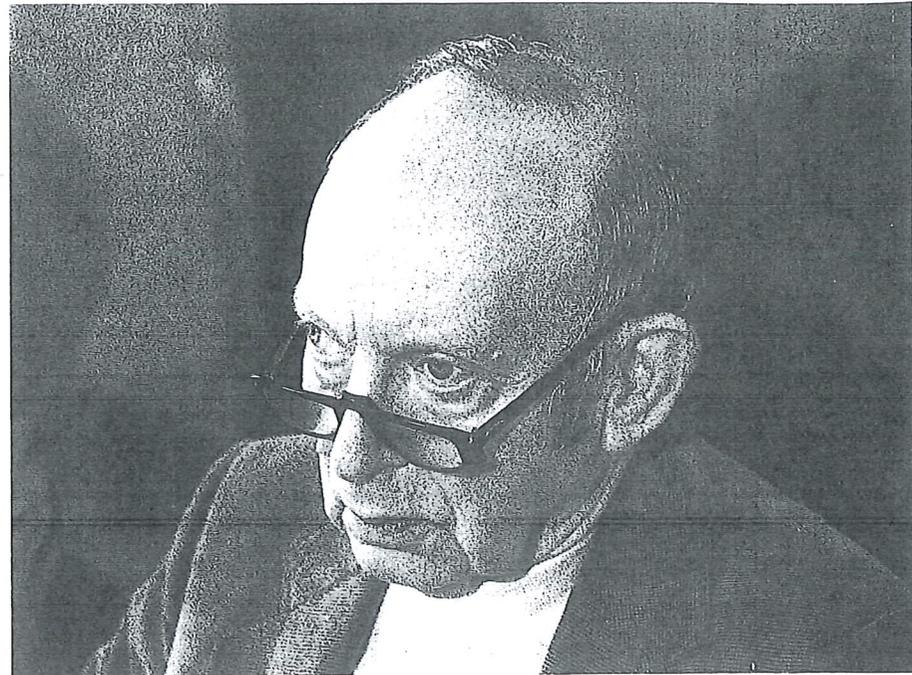
Was sind die Gründe, mit denen Löwenthal den Leser für den Sozialismus erwärmen wollte? Generell trifft man in der sozialistischen Literatur auf drei Sorten solcher Gründe. *Erstens* moralische Gründe: Die These lautet in diesem Fall, daß die bestehende kapitalistische Ordnung ungerecht im Sinne von ungleicher Güterverteilung sei (Ausbeutung der Arbeiterschaft, der Dritten Welt, oder späteren Generationen), durch eine gerechtere Gesellschaftsform ersetzt werden müsse und daß der Sozialismus genau dies bewerkstelligen könne. Eine *zweite* Sorte von Gründen ist ökonomischer Natur: Die bestehende Wirtschaftsordnung wird als ineffizient (und von den meisten Theoretikern dann auch gleich als in einer unheilbaren Krise steckend) beschrieben, was die Einführung einer produktiveren und stabileren Wirtschaftsweise, eben des Sozialismus, notwendig mache. Eine *dritte* Sorte von Gründen ist ontologischer Art: Danach produziert und reproduziert das kapitalistische System Lebensformen, die als entfremdet und falsch, auf jeden Fall als dem Menschen nicht gemäß beschrieben werden müssen. Sozialismus bedeutet in diesem Argumentationszusammenhang die Verwirklichung anderer Beziehungsmuster zwischen den Mitmenschen, bei einigen Theoretikern gar zur Natur. Die Begründungslasten dieser drei Argumentationsweisen sind ebenso unterschiedlich, wie die Akzentuierungen in den konkreten

Auszeichnungen einer sozialistischen Ordnung, die sich aus ihnen ergeben. Löwenthal setzt in seiner Argumentation auf die ökonomische Karte. Moralische Gründe und ontologische Motive haben eher Begleitmusikcharakter: Zwar soll die Klassengesellschaft abgeschafft werden, es bedarf aber auch im Sozialismus differenzierter Einkommen als Leistungsanreiz und damit Raum für soziale Ungleichheit (179); zwar bedeutet Lohnarbeit generell Entfremdung und muß deshalb aufgehoben werden, die konkreten Arbeitsabläufe werden aber auch im Sozialismus nicht ohne stupide Mechanisierung auskommen.

Die Unterstreichungen meines Erstlesers bezeugen die damalige Suggestivkraft der ökonomischen Argumentation Löwenthals. Souverän legt Löwenthal in mehreren Schritten einen umfassenden Systemvergleich vor. Seine erste These lautet, daß der »Freie Kapitalismus« unwiderruflich untergegangen sei, und daß sich der neue »Monopolkapitalismus« seit der großen Depression in den zwanziger Jahren in einer Existenzkrise befunden habe, aus der ihm nur der Übergang in den »Planungskapitalismus« (89–109) gerettet habe. Der Planungskapitalismus, so Löwenthal weiter, ist darauf zugeschnitten, die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik innerhalb des Rahmens der monopolkapitalistischen Eigentumsverhältnisse auf einen übergeordneten Planungszweck auszurichten. Er tritt in zwei konkurrierenden Varianten auf. Für die weitere Argumentation Löwenthals ist die These zentral, daß keine der beiden Varianten die ökonomischen Probleme des Monopolkapitalismus lösen könne. Die *erste* Spielart ist der »Planungsimperialismus«, dessen »klassische politische Form« (120) der Faschismus darstelle. Löwenthal beschreibt ihm am Beispiel der deutschen Hitlerdiktatur. Der Planungsimperialismus nehme die ganze Gesellschaft unter seine politische Kontrolle und müsse ökonomisch den Akzent auf imperialistische Expansion und die Rüstungsproduktion setzen. Dies führe »unvermeidlich zum Kriege« (105) und seiner Selbstzerstörung. Die *zweite*

Variante, die »kapitalistische Wohlfahrtsplanung«, illustriert Löwenthal am Beispiel des amerikanischen *New Deal*. Er markiert die demokratische Variante des Planungskapitalismus, sei aber letztlich auch nicht in der Lage, die ökonomischen Probleme des Monopolkapitalismus zu lösen. Roosevelts auf Hebung der Massenkaufkraft zielende Politik leide an einer »Klassenschranke« (107). Der Keynesianismus könne den Kapitalisten Amerikas nicht ausreichende Risikofreiheit bieten, und ihre zögernde Investitionsbereitschaft werde das Land in absehbarer Zeit in eine neue ökonomische Krise stürzen.

Drittens: Folgt man Löwenthals Argumentation bis zu diesem Punkt, so befindet sich der moderne Kapitalismus in einer ausweglosen Lage: Der Weg zurück in den Konkurrenzkapitalismus ist verbaut, und die demokratische Variante des Planungskapitalismus ist ungenügend. Will man eine Wiederholung der zu Kriegen und Zerstörung führenden totalitären Variante des Planungskapitalismus vermeiden, hilft nur eines: der Übergang in den Sozialismus als logisch zwingender Ausweg aus dem Trilemma des modernen Sozialismus. Dies ist der Punkt, an dem Löwenthals Auseinandersetzung mit dem Sowjetsystem ansetzt. Seine Beschreibung des sowjetischen Experiments ist eindringlich und läßt dem Leser nur eine Option: die konsequente Ablehnung des sowjetischen Modells bei der Suche nach der sozialistischen Alternative. Seine Darstellung umfaßt drei Aspekte des Sowjetsystems: Sozialstrukturell hat sich eine neue Klassengesellschaft, ökonomisch eine ineffiziente bürokratische Planung, und politisch ein totalitäres Regime herausgebildet. Die Gründe für die »Tragödie der russischen Revolution« (158) sieht Löwenthal in einem soziokulturellen Faktor, dem despotisch-asiatischen Erbe Rußlands. Löwenthal glaubt dieses Erbe noch in den Doktrinen des Bolschewismus identifizieren zu können. Das Fehlen des europäischen Rechtsbegriffs, der fehlende Sinn für Freiheit der Diskussion und Toleranz, das Mißtrauen gegen



Richard Löwenthal, 1978

Foto: dpa/Hoffmann

selbstbestimmte Massenaktivitäten – all dies sind für ihn Belege dafür, wie sehr sich das sowjetische Experiment von den europäischen Quellen des Sozialismus abgewandt habe.

Meinen damaligen Leser überkam das dringende Bedürfnis, zu einem farbigen Zweitstift zu greifen, als er sich an die Unterstreichungen in den Kapiteln machte, in denen Löwenthal die politikstrategischen Konsequenzen seiner Analyse erläuterte. Löwenthal liefert hier eine Auseinandersetzung mit den Kommunisten, die eine Absage an jeder Form einer sogenannten Volksfront bedeutet. Kommunisten und Sozialisten unterscheiden sich nicht nur in der Strategie, nein, »das Ziel selbst ist nun verschieden« (231). Löwenthal kritisiert die damalige parteikommunistische Faschismustheorie als simplifizierend, bemängelt das kommunistische Verhältnis zu Prinzipien wie Demokratie und Menschenrechte als lediglich taktisch, beschreibt die politische Arbeit der Kom-

munisten in den letzten 15 Jahren als opportunistisch und versucht die Hintergründe der damals aktuellen kommunistischen »Legalstrategie« aufzuhellen. Die Kommunisten, so Löwenthal, betrieben ein »Hineintragen totalitären Denkens in die Arbeiterbewegung« (232). Schon aus moralischen Gründen könne für die übrige Linke daraus nur eines folgen: eine strikt anti-kommunistische Bündnispolitik.

Viertens: So plausibel die meisten dieser Überlegungen auf meinen damaligen Leser gewirkt haben mögen; heute spricht wenig für ein produktives Anknüpfen an Löwenthals damalige Theorien. Die Einwände, an denen man aus heutiger Sicht nicht vorbeikommt, kommen von drei unterschiedlichen Richtungen.

Zum *einen* hat sich Löwenthals Erwartung bezüglich der ökonomischen Überlebtheit des Marktmechanismus nicht bewahrheitet. Für Löwenthal – dies war ja der Ausgangspunkt seiner Argu-

mentationskette – war der Konkurrenzkapitalismus praktisch tot. Heute sehen wir, daß Märkte sich demgegenüber als ein robuster und regenerationsfähiger Koordinierungsmechanismus erwiesen haben, und wir leiden ökonomisch weniger an der Erstickung im Planungskapitalismus, denn an den Folgen der Globalisierung von Märkten.

Zum *zweiten* ist Löwenthals Vision des Sozialismus nicht angetan, große Überzeugungskraft auszustrahlen. Zu unausgegoren und zu widersprüchlich sind die Komponenten, die seine Vorstellung von »demokratischer Planung« enthält. Einerseits soll das Volk und nicht eine Kaste von Experten entscheiden (168); andererseits heißt es, daß Planung ein technisch hochkomplizierter Prozeß sei, den nur Fachleute kompetent ausüben können (172). Einerseits heißt es, daß das Volk in Abstimmungen den Planungsrahmen festlegen soll (173), andererseits heißt es, daß die ökonomische Initiative des einzelnen dadurch nicht untergraben werden dürfe (175). Die Gefahr der Bürokratisierung des Planungsprozesses sieht Löwenthal gebannt, wenn die Bürger nur aufmerksam genug sind in ihrer demokratischen Kontrolle. Angesichts unserer Erfahrungen mit den Verselbständigungsprozessen in anderen Institutionen ist Löwenthals demokratischer Planungsoptimismus kontraintuitiv und nur noch als heroische Vision zu verfechten.

Drittens schließlich hat sich Löwenthals Krisendiagnose des wohlfahrtsstaatlichen Planungskapitalismus als obsolet erwiesen. Er attestierte dem Planungskapitalismus eine investitionshemmende Tendenz und glaubte ihn damit als ökonomisch instabil erkannt zu haben. Löwenthal selbst hat später eingesehen, daß dieses Argument die ökonomischen Potenzen des keynesianischen Wohlfahrtsstaates drastisch unterschätzt hat. In seinem Vorwort zur Neuauflage des Buches im Jahre 1977 distanzierte er sich dann auch von seiner alten Krisenprognose, nahm die Idee des Dritten Weges zurück und verschrieb sich ganz dem aus seiner Sicht erfolgrei-

chen sozialdemokratischen Wachstumsmodell der Schmidt-Ära. Erneut zeigt sich, daß Löwenthals ökonomische Kapitalismusanalyse ihn bei der Wahrnehmung anderer gesellschaftlicher Krisenfaktoren eher behindert hat. Es hat sich schon seit einigen Jahren in der SPD herumgesprochen, daß sich die Probleme des modernen Wohlfahrtsstaates mit einem Neuaufguß der Schmidtschen Politik der siebziger Jahre nicht lösen lassen. Weder sind die ökologischen Nebenfolgen eines puren Wachstumsmodells nicht zu verantworten, noch läßt sich die Kritik an Verrechtlichung, an Klientelismus oder an einer an den eigentlichen Adressaten vorbeizielenden Zuteilung in der Sozialpolitik einfach als konservative Propaganda abtun. Gefragt ist eine umfassende Neudefinition des wohlfahrtsstaatlichen Projektes.

Aus diesen drei Einwänden ergibt sich kein Alternativmodell linker Politik – im Gegenteil, es scheint sich eher um einen *Trade-Off* konkurrierender Optionen zu handeln.

Wie dem auch sei: Für die Lösung der angeschnittenen Fragen ist Löwenthals Buch bestenfalls ungeeignet. Was von seinem Buch dennoch bleibt und es zu einem Klassiker macht, ist für die Inangriffnahme der anstehenden Fragen jedoch nicht minder wichtig: die Erinnerung an eine moralisch integre, weil nach 1945 konsequent antikommunistische, deutsche Linke.

Andere Namen in dieser Reihe sind Hannah Arendt, Arcardij Gurland oder Eugen Kogon. Sie stehen für eine linke Politik, die nicht bereit ist, ihre demokratischen Ziele für ein Butterbrot namens Machtgewinn zu verscherbeln und die nicht geschwiegen hat, als es um die Aufdeckung der Greuel im sogenannten Realen Sozialismus ging. Man braucht sich nur das Gerede von heutigen Vertretern der PDS ins Ohr rufen, die DDR sei in ihren Anfangsjahren durchaus eine sozialistische Alternative zur restaurativen Bundesrepublik gewesen, um die Aktualität der Lektüre erkennen zu können. Die DDR konnte man als Sozialist nur mit allen Mitteln bekämpfen.



Unsere Forschung hilft, die großen Probleme dieser Zeit zu lösen

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind trotz großer Fortschritte viele Probleme ungelöst geblieben oder neue hinzugekommen. So erleben wir in vielen Ländern der Erde ein weiteres starkes Ansteigen der Bevölkerung. Fast zwei Drittel der rund 30.000 bekannten Krankheiten können noch nicht geheilt werden. Endliche Rohstoffe werden immer knapper, Abfälle nur unzureichend wiederverwertet und mehr Energie verbraucht, als es unserer Atmosphäre gut tut.

Als eines der führenden Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie bemühen wir uns, mit intensiver Forschung und Entwicklung zur Lösung dieser Probleme beizutragen. So suchen unsere Forscher nach wirkungsvollen Medikamenten gegen Herz-Kreislauferkrankungen, Aids und Alzheimer, Asthma und Rheuma.

In einem der größten Pflanzenschutzforschungszentren der Welt entwickeln unsere Labors neue Pflanzenschutzmittel, die

helfen, die Umwelt zu schonen und die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren.

Der zunehmenden Abfallflut begegnen wir mit der Entwicklung wiederverwertbarer Hochleistungswerkstoffe. Neue Produkte für Kühlgeräte sparen nicht nur Energie, sondern können auf den Ozonkiller FCKW verzichten.

Umweltgerechtes Wirtschaften und verantwortliches Handeln sind für uns wichtige Schritte auf dem Weg zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für die Generationen von morgen.

Wir senden Ihnen gerne weitere Informationen zu. Bitte schreiben Sie an die Bayer AG, Konzernzentrale Öffentlichkeitsarbeit (KI), 51368 Leverkusen.

Bayer

Kompetenz und Verantwortung

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Holger Börner
Klaus Harpprecht
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Redaktion

Peter Glotz
(Chefredakteur)
Norbert Seitz
(verantwortlich)
Christian Jürgens
(Mitarbeit)

Redaktionskreis

Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Eve-Marie Kallen
Christine Pries
Hans-Joachim Schabedoth
Uli Schöler
Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler
Jürgen Burckhardt
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinhard Höppner
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse
Christoph Zöpel

6 1995
42. Jahrgang